Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7234**

17. Wahlperiode 29. 09. 2011

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

Zusammenfassung

Im Berichtszeitraum stand der Beschluss zur Auflösung der Westeuropäischen Union (WEU) zum 30. Juni 2011 im Vordergrund. Die Versammlung führte ihre Aktivitäten fort.

I. Arbeitsschwerpunkte

Die vom Ständigen Rat eingesetzte ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Auflösung der Organisation arbeitete im Berichtszeitraum intensiv daran, sicherzustellen, dass bestimmte residuale Aufgaben der WEU (Zahlung von Pensionen etc.) auch nach der Auflösung der Westeuropäischen Union erfüllt werden können.

Funktionslos gewordene Arbeitsgruppen der WEU waren im Berichtszeitraum bereits aufgelöst bzw. tagten nicht mehr (sogenannter dormant status).

II. Tätigkeiten des Ständigen Rats und des Generalsekretariats

1. Ständiger Rat

Die spanische Präsidentschaft des Ständigen Rats gab am 31. März 2010 im Namen aller zehn Mitgliedstaaten bekannt, dass die WEU ihre historische Mission erfüllt habe und ihre Aufgaben mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon von der Europäischen Union (EU) übernommen wurden. Der Rat setzte eine ad-hoc Arbeitsgruppe ein, die sich mit allen Fragen im Zusammenhang mit der Abwicklung der Organisation befasste. Als wichtigstes Ergebnis im Berichtszeitraum konnte am 22. Oktober 2010 unter belgischer Präsidentschaft ein Sozialplan für die Mitarbeiter in Brüssel und Paris verabschiedet werden.

2. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat kam seinen Aufgaben nach, den Rat bei der Abwicklung der WEU und den Verwaltungsdienst in Paris zu unterstützen. Leiter des Generalsekretariats war weiterhin Arnaud Jacomet (Frankreich). Das Sekretariat umfasste 19 Mitarbeiter in Brüssel sowie 8 feste Mitarbeiter in der Pariser Verwaltungszelle. Deutschland war in der Residualstruktur des Generalsekretariats nicht mehr vertreten. Das Generalsekretariat verwaltete u. a. die Archive der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG) und der Westeuropäischen Rüstungsorganisation (WEAO) sowie der früheren WEU-Agenturen, deren Funktionen im Dezember 2001 auf das Institut für Sicherheitsstudien und das Satellitenzentrum bei der EU übergegangen sind.

III. Tätigkeiten der Arbeitsgruppen

1. Arbeitsgruppe des Rates (CWG), Politico Military Group (PMG), Politico Military Working Group (PMWG), Mittelmeerarbeitsgruppe, AG „Weltraumfragen“

Keine Aktivitäten bzw. aufgelöst.

2. Haushalts- und Organisationsausschuss der WEU

Der Haushalts- und Organisationsausschuss der WEU hat als einzige Arbeitsgruppe regulär getagt. Im Vordergrund der Beratungen standen vor allem die Finalisierung des Haushaltsentwurfs 2009 (der in 2009 nicht hatte gebilligt werden können) sowie die Beratung der Haushaltsentwürfe der WEU-Gremien für das Jahr 2010.

3. Military Delegates Committee (MDC)/ Military Delegates Working Group (MDWG), Eurogruppen

Keine Aktivitäten (sogenannter dormant status).

IV. Tätigkeit der WEAG/WEAO

Die Archive der aufgelösten WEAG und WEAO verbleiben in der Obhut des Generalsekretariats.

Zugeleitet mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 28. September 2011 gemäß Beschluss vom 22. Februar 1967, 28. April 1967, 25. Januar 1990 und 12. März 1990 (Bundestagsdrucksachen V/1010, V/1653, 11/4877 und 11/6632.

V. WEU-Versammlung

Die 58. Frühjahrs- und die 59. Herbsttagung der WEU-Versammlung fanden turnusgemäß vom 15. bis 17. Juni 2010 und vom 30. November bis 2. Dezember 2010 in Paris statt.

Im Namen der spanischen WEU-Präsidentschaft dankte im Juni der Ständige Vertreter bei der WEU und PSK-Botschafter, Fernandéz-Arias Minuesa, der WEU-Versammlung für ihren Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa. Aufgrund des Inkrafttretens des Vertrages von Lissabon seien die Aufgaben der WEU nun jedoch an die EU übergegangen. Der Botschafter gab einen Überblick über die laufenden GSVP-Operationen und -Missionen. Für die im 2. Halbjahr 2010 anstehende belgische WEU-Präsidentschaft wies der Ständige Vertreter bei der WEU und PSK-Botschafter, Walter Stevens, unter anderem auf die Notwendigkeit hin, die militärischen und zivilen Fähigkeiten der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), einschließlich des umfassenden zivil-militärischen Ansatzes, zu stärken.

Im Dezember 2010 sprach der Vertreter der belgischen Präsidentschaft, Botschafter Stevens, allen Mitarbeitern der WEU ausdrücklich seinen Dank für die geleistete Arbeit aus und versicherte ihnen, dass die Vertragsstaaten ihren finanziellen und sozialen Verpflichtungen ihnen gegenüber in vollem Umfang nachkommen werden. Für die anstehende italienische WEU-Präsidentschaft versicherte der Ständige Vertreter bei der WEU und PSK-Botschafter, Luca Giansanti, dass der Ständige Rat nach Verabschiedung des Sozialplans sich mit ganzer Kraft der Identifizierung einer Organisation annehmen werde, die die residualen Aufgaben der WEU ab dem 1. Juli 2011 übernimmt.

Die Themen, mit denen sich die WEU-Versammlung befasste, reichten über Iran, Afghanistan, Westbalkan, Nahost Friedensprozess bis hin zu Querschnittsfragen wie EU–Afrika und EU–NATO Beziehungen, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und die Bedeutung des Weltraums für die Verteidigung, sowie das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon und die parlamentarische Kontrolle der GSVP durch nationale Parlamente und das Europäische Parlament.

VI. Ausblick

Mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon am 1. Dezember 2009 hat die WEU ihre historische Rolle erfüllt. Nach der am 31. März 2010 beschlossen Kündigung des geänderten Brüsseler Vertrags zu Ende Juni 2011 wird im 1. Halbjahr 2011 die weitere Abwicklung der Organisation im Vordergrund stehen. Wichtigstes Ziel wird dabei sein, dass die Vertragsstaaten ihren finanziellen und sozialen Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern auch nach dem Erlischen der WEU in vollem Umfang gerecht werden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333